

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

BASTIAN SCHROEDER

Mai 2016

www.kas.de/ramallahwww.kas.de

Folgen Sie uns auf



Letzte Festung Kommunalpolitik

IN DER ABWESENHEIT NATIONALER WAHLEN DOMINIEREN UNIVERSITÄTS- UND KOMMUNALWAHLEN DIE ÖFFENTLICHE DEBATTE UM POLITISCHE TEILHABE IN DEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN. NUN WERDEN SIE VON PARTEIPOLITISCHEN GRABENKÄMPFEN VEREINNAHMT.

Am 27. April 2016 gewann die Hamas-nahe Hochschulgruppe „Islamischer Block“ zum zweiten Mal in Folge die Wahlen an der Universität Birzeit im palästinensischen Westjordanland. Dass über eine Universitätswahl mit weniger als 10.000 Wahlberechtigten national und international berichtet wird, verdeutlicht deren Stellenwert als Stimmungsbarometer für die lang überfälligen nationalen und anstehenden kommunalen Wahlen.

Diese könnten, zumindest in Teilen der Palästinensischen Gebiete dieses Jahr fristgerecht stattfinden. So jedenfalls ist der Tenor in jenen Kreisen Ramallahs, die sich politisch und organisatorisch mit der Durchführung von Wahlen in den Palästinensischen Gebieten befassen. Konkret geht es um Kommunalwahlen im Oktober 2016, die zuletzt vor vier Jahren stattfanden.¹ Für die damals gewählten (zum Teil aber auch schlichtweg ernannten) Bürgermeister und Gemeinderäte endet 2016 die Legislaturperiode. Sollten die Wahlen nicht stattfinden, wäre nunmehr kein politischer Vertreter in den Palästinensischen Gebieten durch eine demokratische Wahl legitimiert. Die letzte nationale Wahl für den Palästinensischen Legislativrat (*Palestinian Legislative Council*, PLC), das Parlament, fand 2006 statt; die Wahl von Präsident Mahmud Abbas liegt so-

gar schon elf Jahre zurück. Seine Amtsperiode endete offiziell im Jahr 2009.

Hamas boykottiert Kommunalwahlen

Gegenwärtig deutet sich an, dass sich ein Muster aus der Vergangenheit wohl wiederholen wird: die Zeichen stehen auf erneuten Boykott seitens der Hamas.² Die Islamisten, die mit ihren Listen und Kandidaten 2004/2005 bei den ersten Kommunalwahlen unter Verantwortung der Autonomiebehörde und 2006 bei den PLC-Wahlen siegen konnten, signalisieren im Augenblick kein Interesse daran, Wahlen in dem von ihr kontrollierten Gazastreifen, durchzuführen. So war es bereits 2012, als die Hamas keine ihr nahestehenden Kandidaten für das Westjordanland antreten ließ, Wahlen im Gazastreifen unterband und öffentlich zum Boykott aufrief. Damit wurde der Versuch unternommen, die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) – und damit gleichsam die sie dominierende Fatah – zu delegitimieren.

Dass die Hamas nun erneut einen Wahlboykott in Erwägung zieht, dürfte vor allem auf die innenpolitischen Spannungen zurückzuführen sein: seit dem politischen Zerwürfnis im Jahr 2007 beschränkt sich der Einfluss-

¹ Der PA-Minister für kommunale Angelegenheiten, Dr. Hussein Al-Araj, bestätigte im Gespräch mit den Autoren [23.05.2016], dass die Kommunalwahlen im Oktober stattfinden sollen.

² In der aktualisierten „Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften (...) zur Bekämpfung des Terrorismus“, die der EU-Ministerrat letztes Jahr vorgelegt hat, wird die Hamas weiterhin als terroristische Vereinigung eingestuft. Vgl. Rat der Europäischen Union, „Beschluss (GASP) 2015/2430 des Rates“, 22.12.2015, <http://goo.gl/nwjivN> [23.05.2016].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

BASTIAN SCHROEDER

Mai 2016

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Folgen Sie uns auf



bereich der Hamas auf den Gazastreifen, während die Fatah über das Westjordanland regiert. Die Regierung der nationalen Einheit von Ministerpräsident Rami Hamdallah, die 2014 eingesetzt wurde, um den innenpolitischen Stillstand zu überwinden, existiert jedoch nur noch auf dem Papier. Beide Parteien sind zunehmend dem Druck der Bevölkerung ausgesetzt, die immer weniger an die Fähigkeit der Eliten glaubt, politische und sozioökonomische Probleme zu lösen. Rigoros gehen beide Gruppierungen gegen politische Gegner vor.³ So häuften sich vor allem im letzten Quartal 2015 Vorwürfe der Hamas gegen die PA, Mitglieder und Sympathisanten der Bewegung aus politischen Gründen verhaftet zu haben. Hintergrund waren damals Demonstrationen gegen die israelische Besatzung, die Präsident Abbas unterbinden wollte, und die gleichzeitig stattfindende Gewaltwelle in Form von Messerangriffen in Israel und jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten. Nun, so wird in Ramallah kolportiert, befürchtet die Hamas, dass die Nominierung von geeigneten Kandidaten für kommunalpolitische Ämter in einer weiteren Verhaftungswelle enden könnte, weshalb man sich auf die relevanten nationalen Wahlen für den PLC und das Präsidentenamt konzentrierte.

Herausforderungen für die Fatah

Die Fatah steht vor ganz anderen Herausforderungen. Fänden im Auftrag der Autonomiebehörde Wahlen lediglich im Westjordanland statt, würde sich die säkulare Führung dem Vorwurf aussetzen, sie vernachlässige die 1.8 Millionen Palästinenser im Gazastreifen. Es würde das kritische Bild der Mehrheit der Bevölkerung zementieren, die der Exekutive nicht mehr zutraut, das Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger im Blick zu haben.⁴

Seit Längerem steht die Partei von Mahmud Abbas vor einer internen Zerreißprobe: ein überfälliger Parteitag wurde im vergangenen Herbst erneut verschoben, das letzte Mal tagte die Bewegung 2009 in Bethlehem. Sowohl in der Partei als auch in der von ihr dominierten Dachorganisation säkularer Kräfte, der Palästinensischen Befreiungsorganisation (*Palestine Liberation Organisation*, PLO), rumort es. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie man dem Ziel eines eigenen Staates näherkommt. Während sich eine Mehrheit für die Wiederaufnahme eines aktiven Widerstands formiert (wobei unklar ist, ob dazu auch gewaltsame Mittel zählen sollen), leidet das Abbas' Ansehen darunter, dass er sich einerseits gegen jede Form von Gewalt ausspricht und andererseits mit seiner eigenen Strategie – Verhandlungen mit Israel und Festhalten am Oslo-Regime – keine Erfolge vorzuweisen hat.⁵ Eine Minderheitenposition nimmt er auch beim Umgang mit der Hamas ein: während in der Fatah und der PLO immer mehr für eine aktive Einbindung der Islamisten werben, konnte unter seiner Führung weder die nationale Aussöhnung noch eine strukturelle Einbindung in die PLO vorangebracht werden. Die Voraussetzungen für eine PLO-Mitgliedschaft wären für die Hamas indes hoch, da sie dafür auch die Osloer Friedensverträge akzeptieren müsste, mit denen die Palästinenser formal den Staat Israel anerkannten.

Und schließlich ist die Fatah auch personalpolitisch mit sich selbst beschäftigt: Nicht mehr nur hinter verschlossenen Türen wird über die Nachfolge des 81-jährigen Präsidenten spekuliert, der laut Eigenaussage nicht die Absicht verfolgt, sich erneut um das höchste Amt innerhalb der PA zu bewerben. Zusätzlichen Antrieb erhielt die Diskussion im Februar durch die Ankündigung Marwan Barghuthis, zur Wahl antreten zu wollen. Die Personalie erregt vor allem

³ Die palästinensischen Menschenrechtsorganisationen *Al-Haq* und *Palestinian Center for Human Rights* berichten regelmäßig über politisch motivierte Verhaftungen durch die Hamas in Gaza und PA im Westjordanland.

⁴ 79 Prozent der Palästinenser, so eine aktuelle Studie der KAS und der Denkfabrik PSR, unterstützen der PA Korruption. Vgl. PSR, "Palestini-

an Public Opinion Poll No. 59", 21.03.2016, <http://goo.gl/zYR514> [23.05.2016].

⁵ 65 Prozent der Palästinenser sind gegen das Vorgehen der PA-Sicherheitskräfte zur Eindämmung von Gewalt; 56 Prozent sprechen sich für eine gewaltsame Intifada aus, solange es keine Verhandlungen mit Israel gibt. Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

BASTIAN SCHROEDER

Mai 2016

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Folgen Sie uns auf



deshalb die Gemüter, weil Barghouti derzeit im israelischen Gefängnis sitzt, wo er eine 2004 verhängte Strafe von fünfmal lebenslänglich plus 40 weiteren Jahren Freiheitsentzug verbüßt. Er wurde aufgrund versuchten Mordes und der Verwicklung in terroristische Handlungen verurteilt. In der palästinensischen Gesellschaft genießt er jedoch unverändert große Beliebtheit.⁶

Aussöhnung hat Vorrang vor Wahlen

Nach dem Scheitern der von Fatah und Hamas genehmigten Einheitsregierung im Sommer 2015 glauben nur noch 38 Prozent der Palästinenser an eine nationale Aussöhnung zwischen den verfeindeten Parteien Fatah und Hamas. Sollte es in den kommenden Monaten unerwartet zu einem Durchbruch der Gespräche kommen, hätte dies gewiss Einfluss auf die unilateral angesetzten Kommunalwahlen. Um mühsam austarierte Verhandlungserfolge nicht zu opfern, würde die Fatah die Wahlen im Westjordanland absagen, um auf ein Momentum für Wahlen in allen palästinensischen Gebieten zu warten, so die Einschätzung von Beobachtern vor Ort. Ein weiteres Szenario wäre, dass die Hamas entgegen aller Erwartungen an den Kommunalwahlen im Westjordanland teilnimmt und auch im Gazastreifen Wahlen zulässt. Dafür, so die Bedingung der Hamas, müssten alle politischen Gruppierungen bei der Terminierung der Wahlen eingebunden werden.⁷

Die zuständige unabhängige Wahlkommission (*Central Election Commission*, CEC) zeigt sich zuversichtlich, für alle Eventualitäten gerüstet zu sein: Im Gespräch mit den Autoren (02.05.2016) verweist man darauf, dass man das Wählerverzeichnis aktualisiert hat: derzeit sind knapp über zwei Millionen Palästinenser, das sind 78,5 Prozent aller Wähler, registriert. Seit Februar besteht zu-

⁶ 33 Prozent der Palästinenser würden sich für Barghouti und 24 Prozent für einen potentiellen Spitzenkandidaten Ismail Haniyya von der Hamas aussprechen. Ebd.

⁷ Vgl. Ahmad Abu Amer, "Local Council Elections to be Held in West Bank but not in Gaza", *Al-Monitor*, 11.05.2016, <http://goo.gl/sjubmO> [23.05.2016].

dem die Möglichkeit, sich online in das Wählerverzeichnis eintragen zu lassen. Hisham Kuhail, CEC-Wahlleiter seit August 2006, gibt an, dass seine Behörde bestens vorbereitet ist: man sei jederzeit startklar, um Wahlen durchzuführen, erklärt er im Gespräch mit der KAS. Auch seien alle 16 CEC-Büros auf Distriktebene im Westjordanland und dem Gazastreifen arbeitsfähig.

Universitätswahlen als Stimmungsbarometer

In Abwesenheit nationaler Parlaments- und Präsidentschaftswahlen gelten die Studentenratswahlen an den Universitäten zunehmend als Katalysator und Stimmungsbarometer für die politischen Kräfteverhältnisse im Land.

Die Universität Birzeit, an der zuletzt am 27. April gewählt wurde, gilt unter den Hochschulen im Westjordanland aufgrund der Zusammensetzung ihrer Studentenschaft als besonders repräsentativ für die Gesellschaft im Westjordanland. Aus diesem Grund werden die Wahlen auch aufmerksam von Meinungsforschern und Wissenschaftlern verfolgt.⁸ Rund 12.000 Palästinenserinnen und Palästinenser aus dem gesamten Westjordanland und Ost-Jerusalem studieren an der ältesten palästinensischen Universität, die lange als liberale Bastion angesehen wurde.⁹

Umso erstaunlicher ist daher, dass der Hamas-nahe „Islamische Block“ seinen Wahlsieg aus dem Vorjahr wiederholen konnte. Die Studentengruppe erhielt 25 von 51 Sit-

⁸ Diese Einschätzung teilt auch der Meinungsforscher Dr. Khalil Shikaki im Gespräch mit den Autoren [03.05.2016].

⁹ Studierende aus dem Gazastreifen benötigen die Erlaubnis der israelischen Militäradministration, um sich zu Studienzwecken im Westjordanland aufzuhalten. Diese werden seit einigen Jahren jedoch nur noch in den seltensten Fällen gewährt, s.a. Amira Hass, „High Court Rejects Gaza Students' Petition to Study in West Bank“, *Haaretz*, 12.09.2012, <http://goo.gl/2oZ4Si> [23.05.2016].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

BASTIAN SCHROEDER

Mai 2016

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Folgen Sie uns auf



zen im Studentenrat und festigte damit ihre Stellung als stärkste Kraft.¹⁰

Nüchtern betrachtet überrascht das Ergebnis jedoch nicht, sondern ist vielmehr eine logische Konsequenz des Wahlkampfes der Hamas-nahen Studentengruppe einerseits, sowie Ausdruck der politischen Frustration mit der PA unter jungen Palästinensern andererseits.

So gelang es dem „Islamischen Block“ trotz der parteipolitisch aufgeladenen Debatte weitaus besser als der Fatah-Gruppe, studentische Themen und Belange zu bedienen. Sein Wahlsieg ist daher, wie auch im Vorjahr schon, vielmehr die Konsequenz einer serviceorientierten Hochschulpolitik und weniger dem politischen Programm der Hamas in Gaza geschuldet. Vor allem mit ihrer inklusiven Hochschulpolitik, die sich gezielt an alle Studierenden richtet¹¹, setzte die Hamas-nahe Gruppe sich vom Fatah-Block entscheidend ab, sodass selbst viele Studenten, die der Hamas normalerweise nicht nahestehen, den „Islamischen Block“ unterstützten.¹² Die Studentengruppe der Fatah hatte zudem mit dem Malus zu kämpfen, dass die Wahrnehmung der Fatah-geführten Palästinensischen Autonomiebehörde derzeit sehr schlecht ist. Diese negative Stimmung übertrug sich in dem parteipolitisch gefärbten Wahlkampf auch auf die Hochschulgruppe und schwächte ihre Ausgangslage.

Hinzu kommt ein demographischer Faktor an den Universitäten, welcher der islamischen Studentengruppe in die Hände spielt.

¹⁰ Die Sitzverteilung im Studentenrat laut offiziellem Endergebnis: Wafaa' Islamischer Block (Hamas): 25; Märtyrer Yasser Arafat Block (Fatah): 21, Demokratisch-progressiver Studenten-Block (PFLP): 5. Die Wahlbeteiligung lag bei 77 Prozent.

¹¹ Wie zum Beispiel Studiengebühren, universitäre Infrastruktur und außeruniversitäre Aktivitäten für Studenten.

¹² Vgl. Adnan Abu Amer, „How Hamas Scored a Win in West Bank Student Elections“, *al-Monitor*, 05.05.2016, <http://goo.gl/D5vt8z> [23.05.2016]; Sheren Khalel, „Hamas Wins Major Student Elections in the West Bank for Second Year Running“, *Mondoweiss*, 27.04.2016, <http://goo.gl/vdhYny> [23.05.2016].

Insgesamt studieren in den Palästinensischen Gebieten mehr Frauen als Männer an den Universitäten, so auch in Birzeit, wo rund 64 Prozent der Studierenden Frauen sind.¹³ Palästinensische Frauen seien insgesamt religiöser als Männer, so der renommierte Meinungsforscher Dr. Khalil Shikaki, und ließen sich für islamische Parteien daher auch leichter mobilisieren.¹⁴

In Zeiten, in denen sich die Palästinensische Autonomiebehörde und die Fatah zunehmend öffentlicher Kritik ausgesetzt sehen, werden die politisierten Hochschulwahlen zum Fallstrick für die Studentengruppe der Fatah. Anstatt sich auf relativ unpolitische, studentische Belange zu konzentrieren, erwies es sich einmal mehr als taktischer Fehler, ein politisches Kräfterennen mit der Hamas zu suchen. Die Niederlage sorgte auch in der Fatah-Parteiführung für Unmut.

Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Universitätswahlen nicht nur friedlich, sondern auch demokratisch und fair abliefen. Für die palästinensische Jugend (und alle anderen Wahlberechtigten) kann dies nur Grund zur Hoffnung sein, dass sich dieses demokratische Momentum auch auf die nationale Politik übertragen lässt.

Fazit

Die letzte demokratische Wahl, zu der alle Palästinenser in den Palästinensischen Gebieten aufgerufen waren, liegt zehn Jahre zurück. Seit den PLC-Wahlen von 2006 haben sich die politischen Rahmen- und sozio-ökonomischen Lebensbedingungen verändert. Man kann immer weniger von einer einheitlichen Situation in den Palästinensischen Gebieten sprechen, da sich die politischen, ökonomischen und sozialen Realitäten mittlerweile massiv unterscheiden: im **Gaza-Streifen** hat die letzte kriegsrische Konfrontation zwischen Hamas und Israel im Sommer 2014 die humanitäre Krise ver-

¹³ Im Rest der Bevölkerung ist die Geschlechterverteilung fast paritätisch, s. *Palestinian Central Bureau of Statistics*, <http://www.pcbs.gov.ps/> [23.05.2016].

¹⁴ Dr. Khalil Shikaki im Gespräch mit den Autoren [03.05.2016].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

MARC FRINGS

BASTIAN SCHROEDER

Mai 2016

www.kas.de/ramallah

www.kas.de

Folgen Sie uns auf



schärft; mittlerweile gehen die Vereinten Nationen davon aus, dass der Küstenstreifen, der weiterhin von Israel abgeriegelt ist, 2020 unbewohnbar sein wird; im **Westjordanland** und dem annektierten **Ost-Jerusalem** steigt derweil die Zahl jüdischer Siedler, während die Bewegungsräume innerhalb des Westjordanlandes sowie Richtung Ost-Jerusalem erschwert werden. Angesichts von 250 jüdischen Siedlungen und Außenposten schwindet die Hoffnung auf einen lebensfähigen Palästinenserstaat und eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts im Sinne der Zwei-Staaten-Lösung. Die palästinensischen Parteien und Bewegungen stehen in der Verantwortung, dem Volk zu erklären, wie die dringendsten Probleme überwunden werden können. Dabei geht es nicht allein um Lösungsszenarien im Konflikt mit Israel, sondern auch um wirtschaftliche Schieflagen: die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei 26 Prozent (im Gazastreifen bei über 40 Prozent), und laut einer aktuellen Weltbank-Studie zu den Rahmenbedingungen, um unternehmerisch tätig zu werden („*ease of starting a business*“), liegt die palästinensische Volkswirtschaft auf Platz 170 von 189 untersuchten Ländern.

Je länger nationale Wahlen aufgeschoben werden, desto parteipolitisch aufgeladener werden Kommunal- und Universitätswahlen. Dabei sollten aus diesen Wahlen Amts- und Mandatsträger hervorgehen, die in erster Linie problem- und dienstleistungsorientiert agieren und, gemessen an ihren Zuständigkeitsgebieten, geringen ideologischen Gestaltungsraum haben. Wo in der Vergangenheit mittels Konsens und Pragmatismus regiert wurde, herrscht nun politische Fragmentierung.

Die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung ist jünger als 18 Jahre. Circa 774.000 Wählerinnen und Wähler sind zwischen 18 und 30 Jahre alt. Die meisten von ihnen hatten bei der letzten Parlamentswahl noch keine Wahlberechtigung. Mit Ausnahme der Universitäts- und Kommunalwahlen von 2012 fehlt ihnen folglich eine direkte (und positive) Erfahrung bei dem Vollzug demokratischer Einflussnahme durch Wahlen. Zudem spiegelt sich die demographische

Zusammensetzung nicht in der politischen Führung wider. Wahlen wären das richtige Instrument, um einen Generationenwechsel einzuleiten.

Während die politische Führung in der öffentlichen Wahrnehmung schlecht abschneidet, wünscht sich die Bevölkerung eine stärkere Rolle für die PA (und nicht für die PLO, die auch die Palästinenser in der Diaspora vertritt).¹⁵ Ihre durch politische Spaltung paralysierten Institutionen können nur durch Wahlen zur legislativen und exekutiven Stärke zurückfinden.

¹⁵ Vgl. Frings/Schroeder, „Oslo auf dem Prüfstand“, *KAS-Länderbericht*, Oktober 2015, <http://goo.gl/r3szCm> [23.05.2016].